

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 22.03.2011 um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Christof Bleichert
Ursula Brand
Dietmar Busch
Petra Ebbinghaus
Rolf Ebbinghaus
Horst Enneper
Karl-Heinz Fischer
Detlef Graß
Margot Grüterich
Klaus Haselhoff
Bernd-Eric Hoffmann
Olaf Jung
Claus Kanter
Thomas Klee
Rosemarie Kötter
Ralf-Udo Krapp
Thomas Lorenz
Dietrich Lunderstädt
Dr. Axel Michalides
Arnold Müller
Heide Nahrgang
Werner Nowara
Annette Pizzato
Sabine Plasberg-Keidel
Dr. Jörg Rieger
Rainer Röhlig
Tobias Ronsdorf
Rolf Schäfer
Christoph Schlüter
Sebastian Schlüter
Axel Schröder
Rolf Schulte
Dietmar Stark
Klaus Steinmüller
Michael Tissarek
Gerd Uellenberg
Peter Fritz Sebastian Ullmann
Annette Verhees
Christian Viebach
Alexander Vogt
Gudrun Weber
Dr. Jörg Weber

Harald Weiss

es fehlt:

Ingrid Bartholomäus

von der Verwaltung

Ute Butz
Georg Fenske
Julia Gottlieb
Rainer Meskendahl
Frank Nipken
Regine Schmidt
Christoph Grimlowski

Schriftführer

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 7. Sitzung des Rates der Stadt am 14.12.2010 (öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Einwohnerfragestunde
4. Verzicht auf Zwangsmaßnahmen im Rahmen des Zensus 2011 (Antrag der AL-Fraktion) AN/0019/2011
5. Bericht über den Einkauf von Feuerwehrfahrzeugen (Antrag der AL-Fraktion vom 21.02.2011) AN/0021/2011
6. Einzelhandelskonzept der Stadt Radevormwald (Antrag der AL-Fraktion vom 10.01.2011 und Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2011) BV/0187/2011/1
7. Resolution zur gemeinnützigkeitsrechtlichen Behandlung der Bürgerbusvereine (Antrag der CDU-Fraktion vom 01.03.2011) AN/0022/2011
8. Einberufung des Rates (Antrag von Herrn Ullmann vom 13.03.2011) AN/0026/2011
9. Erhebung einer Sondergebühr für Gewerbebetriebe im Wül-fing-Gelände (Antrag von Herrn Ullmann vom 08.12.2010) AN/0028/2011
10. Oberberg Pass - Anträge von Herrn Ullmann
- 10.1. Leistungen bzw. Nachlässe der Stadt Radevormwald für Inhaber des Oberberg Pass (Antrag von Herrn Ullmann vom 08.12.2010) AN/0027/2011

- | | | |
|-------|---|--------------|
| 10.2. | Ermäßigung für Inhaber des Oberberg Passes bei der Nutzung der Angebote des life-ness (Antrag von Herrn Ullmann vom 08.12.2010) | AN/0029/2011 |
| 11. | Rechtsextremistische Aktivitäten in Radevormwald | |
| 11.1. | Resolution zu rechtsextremistischen Aktivitäten in Radevormwald | BV/0203/2011 |
| 11.2. | Maßnahmen gegen rechtsextremistische Entwicklungen in Radevormwald (Anträge von Herrn Ullmann vom 05.03.2011 und 08.03.2011) | AN/0023/2011 |
| 12. | Fortschreibung eines Medienentwicklungsplanes | BV/0204/2011 |
| 13. | Haushalt 2011 - 2014 | |
| 13.1. | Haushaltsbegleitanträge | AN/0024/2011 |
| 13.2. | Stellenplan 2011 | BV/0198/2011 |
| 13.3. | Haushaltssatzung 2011; Haushaltssicherungskonzept 2011-2014 | BV/0201/2011 |
| 14. | Genehmigung von Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gemäß § 22 GemHVO | BV/0200/2011 |
| 15. | Lärmaktionsplan für die B 229 - TAB Kölner Straße - Bahnhofstraße | |
| 15.1. | Bericht über die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 47 d Abs. 3 BImSchG sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme der Stadt Remscheid, eingegangen am 12.01.2011 | BV/0158/2011 |
| 15.2. | Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme von Straßen.NRW, eingegangen am 20.01.2011 | BV/0159/2011 |
| 15.3. | Beschlussfassung des Lärmaktionsplanes | BV/0145/2011 |
| 16. | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 - Sieplenbusch, Museum für Asiatische Kunst | |
| 16.1. | Bericht über die - eingeschränkte und verkürzte - erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes sowie die erneute Einholung der Stellungnahmen der - berührten - Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB; Abwägung und Beschluss über die während der erneuten Offenlage am 14.01.2011 eingegangene Stellungnahme, gekennzeichnet als S 1 | BV/0167/2011 |

- | | | |
|-------|---|--------------|
| 16.2. | Satzungsbeschluss | BV/0173/2011 |
| 17. | Besetzung von Ausschüssen | AN/0025/2011 |
| 18. | Über- und außerplanmäßige Ausgaben | IV/0122/2011 |
| 19. | Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs.2 GO NRW | BV/0206/2011 |
| 20. | Mitteilungen und Fragen | |

(Nichtöffentlicher Teil)

- | | | |
|-----|--|--------------|
| 21. | Niederschrift über die 7. Sitzung des Rates der Stadt am 14.12.2010 (nichtöffentlicher Teil) | |
| 22. | Personalangelegenheiten / Versetzung in den Ruhestand | BV/0199/2011 |
| 23. | Mitteilungen und Fragen | |

Der Bürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung geht der Bürgermeister auf die tragischen Ereignisse in Japan nach der Naturkatastrophe und dem daraus resultierenden Reaktorunfall ein und bittet die Anwesenden um eine Gedenkminute.

Nach der Gedenkminute verweist der Bürgermeister auf die geänderte und ergänzte Tagesordnung, begründet durch Anträge des fraktionslosen Ratsmitgliedes Ullmann.

Herr Ronsdorf beanstandet die Tagesordnung, da seiner Auffassung nach Anträge der Fraktion von proNRW nicht in die Tagesordnung aufgenommen worden sind.

Der Bürgermeister weist die Beanstandung zurück; er erklärt, dass zwei Anfragen der proNRW-Fraktion zwar bei ihm eingegangen sind, diese aber nicht als Anträge für die Ratsitzung erkennbar waren, sondern als allgemeine Anfragen an die Verwaltung, die auf die übliche Art schriftlich beantwortet werden.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 7. Sitzung des Rates der Stadt am 14.12.2010 (öffentlicher Teil)

Der Rat der Stadt nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

Beschluss:

2. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister erklärt, dass Herr Grimlowski zukünftig eine neue Aufgabe innerhalb der Stadtverwaltung übernehmen wird, und daher wird zukünftig Frau Vanessa Jager die Protokollführung in den Ratssitzungen übernehmen.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

4. Verzicht auf Zwangsmaßnahmen im Rahmen des Zensus AN/0019/2011 2011 (Antrag der AL-Fraktion)

Herr Dr. Michalides erläutert den Antrag, Er erklärt, dass der Antrag insofern abgeändert werden soll, dass der Begriff „Zwangsmaßnahmen“ durch das Wort „Zwangsgelder“ ersetzt werden soll. Er ist der Auffassung, dass dadurch den im Hauptausschuss geäußerten recht-

lichen Bedenken Rechnung getragen wird, da die Erhebungsstelle somit zwar entsprechende Maßnahmen ergreifen kann, jedoch auf die Erhebung von Zwangsgeldern verzichten kann. Herr Dr. Michalides erklärt, dass der Antrag gestellt worden ist, um dem Bürger das Recht zu gewährleisten, die Auskunft über seine Daten im Rahmen des Zensus 2011 zu verweigern. Nach Auffassung der AL-Fraktion ist eine korrekte Erhebung nicht möglich, wenn der Bürger gezwungen ist, seine Daten preiszugeben. Bei Zwang ist davon auszugehen, dass von einem hohen Anteil an „stiller Verweigerung“, also der Angabe falscher Daten, auszugehen. Herr Dr. Michalides macht deutlich, dass der Rat der Stadt lediglich einen Appell an die Erhebungsstelle aussprechen soll und bittet die Anwesenden, diesem Appell zuzustimmen.

Der Bürgermeister erklärt auf Nachfrage, dass die Verwaltung der Auffassung ist, dass ein Gesetz in letzter Konsequenz umzusetzen ist. Ob ein entsprechender Appell ausgesprochen wird, ist letztlich eine politische Entscheidung.

Beschluss:

Die Stadt Radevormwald setzt sich beim Kreis und der kommunalen Erhebungsstelle dafür ein, auf die Festsetzung von Zwangsgeldern gegenüber Bürgern, die eine Auskunft im Rahmen des Zensus 2011 verweigern, zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (3 AL, 1 fraktionslos)
40 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

5. Bericht über den Einkauf von Feuerwehrfahrzeugen (Antrag der AL-Fraktion vom 21.02.2011) AN/0021/2011

Frau Butz beantwortet die Fragen des Antrages der AL-Fraktion. Sie erklärt, dass die Stadt Radevormwald bei den kartellbeteiligten Firmen drei Fahrzeuge beschafft hat, zwei Stück im Jahre 2001 und eines im Jahre 2004. Das Investitionsvolumen belief sich auf 638.700 €. Für die Verwaltung ist es unmöglich, abzuschätzen, ob der Stadt Radevormwald ein wirtschaftlicher Schaden entstanden ist. Die Stadt Radevormwald hat sich an den Städte- und Gemeindebund gewandt, der sich mit der Angelegenheit befasst und prüfen wird, ob ein Schadenersatzanspruch geltend gemacht werden kann. Das Verfahren soll bis zum Ende des Jahres 2011 abgeschlossen sein.

Herr Ebbinghaus erklärt, dass der Presse zu entnehmen war, dass jeder einzelne Auftrag für die Vergabe von Feuerwehrfahrzeugen im entsprechenden Zeitraum betroffen gewesen sei, somit erübrigt sich eine Prüfung, ob auch die Radevormwalder Fahrzeuge betroffen gewesen sind. Nach seiner Auffassung kann der Städte- und Gemeindebund lediglich eine Handlungsempfehlung aussprechen, die Entscheidung liegt letztlich beim Bürgermeister. Dies wird vom Bürgermeister bestätigt; es sei jedoch zunächst die Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes abzuwarten.

6. Einzelhandelskonzept der Stadt Radevormwald (Antrag der AL-Fraktion vom 10.01.2011 und Antrag der CDU-Fraktion vom 16.02.2011) BV/0187/2011/1

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion. Er erläutert, dass auch eine Fürsorgepflicht für die Bewohner der Wupperorte besteht. Das Baurecht ist nach seiner Auffassung ein ungeeignetes Instrument zur Kanalisierung und Lenkung von Käuferströmen. Zwar lässt sich das Angebot in gewissen Grenzen lenken, nicht jedoch die Nachfrage. Herr Ebbinghaus ist der Meinung, dass ein Markt an der Wupper keine Käufer aus der Innenstadt abzieht. Er erklärt, dass er froh darüber ist, dass die CDU-Fraktion die Bedenken der AL in Ansätzen teilt und führt aus, dass die AL-Fraktion sich auch Varianten zwischen ihrer Position und jener der CDU-Fraktion vorstellen kann. So wäre die AL-Fraktion bereit, dem CDU-Antrag zuzustimmen, wenn dieser in folgenden zwei Punkten geändert würde:

- 1) Einräumung einer Frist zur Bearbeitung eines neuen Konzeptes bis zum Herbst 2011
- 2) die Sortimente der so genannten Nahversorgungsstandorte müssen erweitert werden

Herr Ebbinghaus geht auf die Stellungnahme des neuen City-Managers ein, in der dieser festgestellt hatte, dass es dem Radevormwalder Bürger möglich sein sollte, ohne Automobil seine Einkäufe tätigen zu können. Nach Auffassung der AL-Fraktion sollte dies auch für die Bürger der Wupperorte möglich sein. Eine Schädigung der Infrastruktur der Wupperorte wird auch zu einer Schädigung der Innenstadt führen. Bedient werden sollten vornehmlich die eigenen Bürger, daher sollte man weniger Augenmerk auf die Bevölkerung der Nachbarstädte legen.

Herr Viebach weist zunächst die Änderungsvorschläge der AL-Fraktion zurück und erklärt, dass die Zielsetzungen zwischen AL und CDU deckungsgleich sind, nämlich die Stärkung der Versorgungssituation der Wupperorte. Der Weg zur Erreichung des Zieles ist jedoch von der Verwaltung zu erarbeiten. Die CDU möchte dieser Arbeit nicht vorgreifen, ebenso wenig wie die Arbeit des City-Managers, der seine Arbeit am 1.4.2011 aufnehmen wird.

Herr Schäfer ergänzt, dass der CDU-Antrag darauf abzielt, die Versorgungshandicaps an der Wupper zu beseitigen und die Attraktivität der Wupperorte zu stärken.

Herr Ebbinghaus entgegnet, dass der CDU-Antrag keine klaren Zielsetzungen enthält.

Herr Uellenberg wirft Herrn Ebbinghaus vor, unnötige Diskussionen im Rat zu führen, da das Thema bereits im entsprechenden Fachausschuss ausführlich diskutiert worden ist.

Frau Ebbinghaus entgegnet, dass der Antrag der CDU-Fraktion an den älteren AL-Antrag angehängt worden sei, um das Thema nicht der AL zu überlassen.

Auch Herr Ebbinghaus weist die Vorwürfe von Herrn Uellenberg zurück; er macht deutlich, dass der Rat der Stadt das Entscheidungsgremium ist. Außerdem wirft er Herrn Uellenberg vor, dass dieser in seinen Ausführungen nicht auf das signalisierte Entgegenkommen der AL-Fraktion eingegangen ist.

Sodann wird über den geänderten Antrag der AL-Fraktion abgestimmt.

Beschluß:

Das bestehende Einzelhandelskonzept der Stadt Radevormwald wird bis spätestens zum 1. Oktober 2011 aktualisiert unter der Maßgabe, dass die relevanten Nahversorgungsstandorte erweitert werden sollen. Die für die Überprüfung notwendigen Mittel sind im Haushalt einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen (3 AL, 2 proNRW, 1 fraktionslos)
36 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 4 UWG, 1 Bürger-
meister)
2 Enthaltungen (UWG)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Danach wird über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt.

Beschluss:

Das bestehende Einzelhandelskonzept der Stadt Radevormwald ist zu überprüfen und zu aktualisieren. Die für die Überprüfung notwendigen finanziellen Mittel sind im Haushalt einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW,
1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (AL)

**7. Resolution zur gemeinnützigkeitsrechtlichen Behandlung AN/0022/2011
der Bürgerbusvereine (Antrag der CDU-Fraktion vom
01.03.2011)**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die vorliegende Resolution zur gemeinnützigkeitsrechtlichen Behandlung der Bürgerbusvereine.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Einberufung des Rates (Antrag von Herrn Ullmann vom AN/0026/2011
13.03.2011)**

Herr Ullmann begründet seinen Antrag mit der Auslegung der Gemeindeordnung des Landes NRW und dem dort nach seiner Auffassung vorgeschriebenen Turnus hinsichtlich der Ratsitzungen, die jährlich stattzufinden haben.

Der Bürgermeister erklärt, dass es sich bei der Bestimmung der Gemeindeordnung um eine Soll-Vorschrift handelt, die rechtlich andere Handhaben zulässt, zum Beispiel bei besonderen spezifischen Gegebenheiten vor Ort. In Radevormwald hat sich seit Langem der vierteljährliche Turnus der Ratssitzungen bewährt; in besonderen Situationen kann es erforderlich sein, zusätzliche Sondersitzungen stattfinden zu lassen, und dies wurde in der Vergangenheit auch praktiziert.

Herr Dr. Michalides widerspricht der Argumentation des Bürgermeisters; er erklärt, dass bei einer Soll-Bestimmung nur in begrenzten Ausnahmefällen abgewichen werden kann. So ist die Bestimmung aus der Gemeindeordnung seiner Meinung nach in die Geschäftsordnung

des Rates aufzunehmen. Lediglich in Einzelfällen – sei es, dass nicht genügend Tagesordnungspunkte vorliegen oder einvernehmlich mit allen Fraktionen – kann der Bürgermeister von dieser Regelung abweichen. Herr Dr. Michalides berichtet, dass nach seinen Informationen in den umliegenden Gemeinden der zweimonatliche Rhythmus üblich ist. Eine Abweichung ist nach seiner Auffassung nur möglich bei einer Verfahrensweise wie in Wipperfürth und Hückeswagen, die jährlich fünf Sitzungen angesetzt haben bei einer längeren Sommerpause, in der im Bedarfsfalle eine weitere Sitzung stattfinden kann.

Herr Viebach führt aus, dass in der Vergangenheit die geübte Praxis ausreichend war und sieht keine Vorteile für den Bürger, davon abzuweichen. Er sieht keinerlei Notwendigkeit zur Übernahme der Soll-Vorschrift, insbesondere im Hinblick auf die Bestimmung in der Geschäftsordnung, dass der Rat jederzeit zusammentreten muss, so oft die Geschäftslage dies erfordert. Er bittet Herrn Ullmann, seinen Antrag zurückzuziehen.

Herr Dr. Michalides verweist darauf, dass im letzten Jahr der Rat zwei Mal zu einer Sondersitzung einberufen worden ist. Und führt erneut aus, dass Radevormwald im Vergleich zu den Nachbargemeinden eine Sonderstellung einnimmt.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der entscheidende Satz der Geschäftsordnung ist, dass der Rat jederzeit zusammentreten muss, wenn die Geschäftslage dies erfordert. Die Tatsache der Einberufung von Sondersitzungen ist der Beleg dafür, dass die bisherige Regelung funktioniert. Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass die Gemeindeordnung für alle Gemeinden des Landes NRW gilt und damit die betreffende Regelung den Verhältnissen vor Ort angepasst werden muss.

Herr Ullmann wirft dem Bürgermeister vor, dass er Gewohnheitsrecht anwendet. Nach seiner Auffassung bedeutet Demokratie die demokratische Kontrolle der Verwaltung; je regelmäßiger diese erfolgt, um so besser ist diese gewährleistet.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Radevormwald, nach der der Rat mindestens alle zwei Monate zu einer Sitzung zusammentritt.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (3 AL, 1 fraktionslos)
 40 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

9. Erhebung einer Sondergebühr für Gewerbebetriebe im Wülfing-Gelände (Antrag von Herrn Ullmann vom 08.12.2010) AN/0028/2011

Herr Ullmann begründet seinen Antrag damit, dass die Auflastung der Brücke Dahlerau unter anderem auf die Forderung der Gewerbebetriebe im Wülfinggelände zurückzuführen gewesen ist. Unstrittig ist nach seiner Auffassung, dass diese Betriebe den wesentlichen Vorteil aus der Auflastung der Brücke ziehen; für den Normalbürger war diese Maßnahme irrelevant. Nach Auffassung von Herrn Ullmann hat derjenige, dessen Besitz aufgewertet wurde, sich an den entstandenen Kosten zu beteiligen; der Rahmen ist durch die Verwaltung festzulegen.

Auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Viebach teilt Herr Meskendahl mit, dass keine rechtliche Handhabe für die Festsetzung einer derartigen Gebühr existiert. Außerdem führt er aus, dass die Maßnahme nicht nur im Interesse der betreffenden Gewerbebetriebe liegt, sondern auch im Interesse der Stadt Radevormwald, denn durch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben im Wülfingkomplex sind dort Arbeitsplätze entstanden, die wiederum zu zusätzlichen Einnahmen im städtischen Haushalt führen.

Auf Nachfrage von Herrn Ullmann erklärt Herr Meskendahl, dass die relevante Rechtsgrundlage die Abgabenordnung NRW ist; diese sieht keinerlei Sonderabgabe für Gewerbebetriebe in der von Herrn Ullmann geforderten Art und Weise vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, zu prüfen, in welchem Rahmen, bedingt durch die der Stadt für die Aufwertung des Standortes durch die praktisch erfolgte Auflastung der Wülfingbrücke durch Neubau 2009/2010 entstandenen Kosten, eine Gebühr von den auf dem Gelände der ehemaligen Fabrik Wülfing angesiedelten Betrieben, insbesondere oder zumindest den privaten Eigentümern des gewerblich genutzten Bereiches, einmalig erhoben werden kann.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (fraktionslos)
43 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

10. Oberberg Pass - Anträge von Herrn Ullmann

**10.1. Leistungen bzw. Nachlässe der Stadt Radevormwald für AN/0027/2011
Inhaber des Oberberg Pass (Antrag von Herrn Ullmann
vom 08.12.2010)**

Herr Ullmann erläutert seinen Antrag. Er führt aus, dass seitens des Oberbergischen Kreises keinerlei Vorgaben zur Umsetzung des Oberbergpasses vorliegen. Bisher wurden laut Herrn Ullmann lediglich von der Stadt Gummersbach Konkretisierungen zu diesem Pass vorgenommen. Durch den Antrag soll die Verwaltung beauftragt werden, zu prüfen, welche Ermäßigungen für Inhaber des Passes möglich sind.

Frau Butz verweist darauf, dass der Oberbergpass eine Angelegenheit des Kreises als Träger der Sozialhilfe ist. Nicht richtig ist es, dass entsprechende Angebote für Inhaber des Passes lediglich in Gummersbach existieren. Sie verweist darauf, dass einige dort aufgeführten Ermäßigungen auch in Radevormwald in Anspruch genommen werden können, so beispielsweise bei der Kreisvolkshochschule. Es werden in den anderen Kommunen lediglich Vergünstigungen bei den Tafeln angeboten. Das Problem liegt darin, dass entsprechende Vertragspartner vorhanden sein müssen; in Radevormwald ist dies lediglich die „Ökumenische Initiative“.

Herr Schäfer führt aus, dass der Oberbergpass in der Regel nur von denjenigen Gemeinden umsetzbar ist, die sich nicht in der Haushaltssicherung befinden; somit ist es derzeit für die meisten Gemeinden nicht möglich, den Oberbergpass mit Leben zu füllen. Herr Schäfer er-

klärt, dass nicht nur Städte und Gemeinden, sondern auch Unternehmen animiert werden sollen, über den Pass Gutes für Menschen mit geringem Einkommen zu tun. Er schlägt vor, über den Antrag im Fachausschuss zu diskutieren und fordert dazu alle auf, sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, um der betroffenen Bevölkerungsgruppe Vergünstigungen möglich zu machen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, bis zur nächsten Sitzung des Rates eine (ggf. mehrere) Beschlussvorlage(n) zu der Frage zu erarbeiten, in welchem Rahmen städtische Leistungen für Inhaber des Oberberg Passes kostenfrei, vergünstigt oder anderweitig begünstigt angeboten werden können, sowie in welcher geeigneten Art und Weise diese Leistungen in Zusammenarbeit mit der ARGE Oberberg-Radevormwald und Anderen bekannt gemacht werden können.

Hierbei sollen behördliche Leistungen, für welche die Verwaltung der Stadt Radevormwald gegenwärtig eigene Gebühren erhebt, sowie Leistungen in den Räumen des Bürgerhauses (bspw. Stadtbücherei) besonders berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (3 AL, 1 fraktionslos)
 41 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**10.2. Ermäßigung für Inhaber des Oberberg Passes bei der AN/0029/2011
 Nutzung der Angebote des life-ness (Antrag von Herrn
 Ullmann vom 08.12.2010)**

Herr Ullmann erläutert, dass es sich bei seinem Antrag um eine Konkretisierung des vorangegangenen Antrages handelt.

Beschluss:

Die Bäder GmbH wird in geeigneter Form angewiesen, eine Reduzierung der Preise um 80% für volljährige Inhaber des Oberberg-Passes vorzunehmen. Die Preise sollen € 1,00 je Leistung nicht unterschreiten, vorbehaltlich der Preiszuschläge. Minderjährigen Inhabern des Oberberg-Passes soll die Einrichtungen und Inanspruchnahme der Leistungen des life-ness grundsätzlich kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme (fraktionslos)
 40 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
 3 Enthaltungen (AL)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

11. Rechtsextremistische Aktivitäten in Radevormwald

11.1. Resolution zu rechtsextremistischen Aktivitäten in Radevormwald BV/0203/2011

Der Bürgermeister verweist auf die Straftaten der jüngsten Vergangenheit in Radevormwald, die höchstwahrscheinlich einen rechtsextremen Hintergrund haben. Dabei handelt es sich aber wahrscheinlich nur „um die Spitze des Eisberges“. Man müsse aufgrund anderer Tatsachen – beispielsweise rechtsextreme Aufkleber im Stadtgebiet - zur Kenntnis nehmen, dass es in Radevormwald Personen mit rechtsextremem Hintergrund gibt, die bereit sind, ihre Ideologie auch gewaltsam zu vertreten. Dies ist zwar nicht repräsentativ für Radevormwald, jedoch ist es erforderlich, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und sich entsprechend zu positionieren. Der Bürgermeister erläutert, dass die Resolution von ihm erarbeitet worden ist, nachdem er von verschiedenen Seiten des Rates darum gebeten worden ist; damit wurde ein deutliches Zeichen der Geschlossenheit aller Demokraten gesetzt. Er verdeutlicht, dass trotz aller politischer Gegensätze, die auch regelmäßig bei Diskussionen im Stadtrat deutlich werden, grundlegende Gemeinsamkeiten bestehen, die im diametralen Gegensatz zu den Weltanschauungen des rechtsextremen Spektrums stehen. Der entscheidende Unterschied zwischen den Demokraten im Rat und Rechtsradikalen – so der Bürgermeister – ist der, dass für die Demokraten die Würde des Menschen unantastbar ist, unabhängig von Herkunft, Nationalität, Religion und Hautfarbe; Gewalttaten innerhalb von politischen Auseinandersetzungen sind nicht akzeptabel. Der Bürgermeister verdeutlicht, dass Rat und Verwaltung nur begrenzte Handlungsmöglichkeiten haben, sie sind nicht zuständig für die Arbeit der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder des Staatsschutzes. Jedoch habe er großes Vertrauen in die Arbeit dieser Behörden und hofft, dass sie mit Ernsthaftigkeit und Konsequenz ihren Beitrag dazu leisten, dem rechtsradikalen Treiben ein Ende zu setzen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die vorliegende Resolution.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen (proNRW)

11.2. Maßnahmen gegen rechtsextremistische Entwicklungen in Radevormwald (Anträge von Herrn Ullmann vom 05.03.2011 und 08.03.2011) AN/0023/2011

Herr Ronsdorf stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbehandlung des ersten Antrages von Herrn Ullmann.

Er ist der Auffassung, dass der Rat sich nicht mit dem Antrag des Herrn Ullmann befassen sollte, da man „sich nicht zu einer Extremismusdebatte hinziehen lassen“ darf „von einem Vertreter der linksextremistischen Partei“.

Beschluß:

Der Rat der Stadt beschließt die Nichtbehandlung des Antrages von Herrn Ullmann vom 05.03.2011

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (proNRW)
42 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Ronsdorf stellt nunmehr den Antrag zur Geschäftsordnung auf geheime Abstimmung des obigen Antrages, da nach seiner Auffassung massiver Druck auf die Ratsmitglieder ausgeübt worden sei.

Der Bürgermeister stellt fest, dass dieser Antrag erheblich zu spät gestellt worden ist, da die Abstimmung bereits stattgefunden hat, und weist den Vorwurf von Herrn Ronsdorf nachdrücklich zurück. Er macht deutlich, dass der Rat jederzeit in der Lage ist, frei, unbeeinflusst und demokratisch zu beraten.

Herr Ullmann erläutert, dass er mit seinem Antrag einen Rahmen stecken wollte, mit dem er anderen Fraktionen die Möglichkeit geben wollte, weitere konkrete Vorschläge einzubringen im Nachgang zu der soeben beschlossenen Resolution.

Herr Viebach bittet Herrn Ullmann darum, den ersten seiner Anträge zurück zu ziehen, da mit der Resolution ein deutliches Zeichen der Geschlossenheit der überwiegenden Mehrheit des Rates gesetzt worden ist; Herr Ullmann sollte mit seinem Antrag nicht aus dieser Mehrheit ausscheren.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass er sich der Bitte von Herrn Viebach anschließt.

Herr Ullmann zieht daraufhin den Antrag zurück.

Herr Ronsdorf stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbehandlung des zweiten Antrages von Herrn Ullmann.

Beschluß:

Der Rat der Stadt beschließt die Nichtbehandlung des Antrages von Herrn Ullmann vom 08.03.2011

Abstimmungsergebnis: 2 Ja-Stimmen (proNRW)
42 Nein-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Herr Ullmann erläutert den Antrag vom 08.03.2011. Mit seinem Antrag bezweckt er, mit einer staatlich geförderten Stelle zusammenzuarbeiten, die im Regierungsbezirk Köln Städte und Initiativen in ihrem Auftreten zur Bekämpfung rechtsextremer Gewalt berät.

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Radevormwald wird beauftragt, im Rahmen der zu beschließenden Maßnahmen gegen rechtsextremistische Entwicklungen in Radevormwald mit der Stelle "Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln" Kontakt aufzunehmen.

men und mit dieser zu erörtern, welche der von dieser angebotenen Maßnahmen für die Stadt Radevormwald sinnvoll nutzbar wären.

Hierüber soll die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung des Rates Bericht erstatten und einen entsprechenden Vorschlag in die Tagesordnung zur nächsten Sitzung des Rates einbringen.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen (proNRW)

12. Fortschreibung eines Medienentwicklungsplanes BV/0204/2011

Herr Ebbinghaus erklärt, dass seine Fraktion nicht zustimmen wird, da die Vorlage nach seiner Auffassung keine grundlegenden Aussagen eines Medienentwicklungsplans enthält. Zwar ist das vorgelegte Konzept zwar als Fundament zu bezeichnen, und es sind Fortschritte zu früheren Versionen erkennbar, jedoch ist eine Nachbesserung erforderlich.

Herr Lorenz äußert sein Erstaunen darüber, dass Herr Ebbinghaus ein Fundament ablehnt, dass dieser selbst als gut bezeichnet. Er erklärt, dass an dem Konzept Beteiligte mitgearbeitet haben, nämlich ehemalige Schüler, welche die Radevormwalder Schulen kennen. Er bittet die AL-Fraktion, noch einmal darüber nachzudenken, das vorgelegte Konzept nicht abzulehnen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt das vorliegende Medienkonzept für die Jahre 2011 – 2015 und ermächtigt die Verwaltung die erforderlichen Vergaben zu tätigen.

Abstimmungsergebnis: 41 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (AL)

Die Sitzung wird von 17.25 Uhr bis 17.35 Uhr unterbrochen.

13. Haushalt 2011 - 2014

13.1. Haushaltsbegleitanträge AN/0024/2011

Maßnahmen im Rahmen der Mädchen und Jungenförderung Antrag des Herrn Ullmann vom 22.03.2011

Der Bürgermeister erklärt, dass er vor wenigen Minuten einen Haushaltsbegleitantrag von Herrn Ullmann erhalten hat. Er stellt fest, dass dieses Vorgehen zwar formal korrekt ist, macht jedoch deutlich, dass er es für ungewöhnlich hält. Da der Antrag bisher lediglich ihm selbst und den Fraktionsvorsitzenden vorliegt, wird er vom Bürgermeister verlesen (der An-

trag ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.). Er macht deutlich, dass er aufgrund fehlender Recherchemöglichkeit durch das kurzfristige Vorlegen des Antrages nicht in der Lage ist, die Möglichkeiten der Verwaltung zur Umsetzung zu prüfen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, dass für das Haushaltsjahr 2011 Mittel der Jugendförderung in einer Höhe von 5.000 € für eine Gewaltpräventionsmaßnahme im Rahmen der Mädchen- und Jungenförderung in der Geschwister-Scholl-Schule zweckgebunden veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis:

1 Ja-Stimme	(fraktionslos)
40 Nein-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 5 UWG, 1 AL, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
3 Enthaltungen	(2 AL, 1 UWG)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

**Minderung der versteckten Subventionierung für die „Bäder GmbH“
Antrag der AL-Fraktion vom 05.03.2011**

Herr Ebbinghaus erklärt, dass die Stadt Radevormwald nach seiner Auffassung auch durch eine versteckte Subventionierung des Bäder-GmbH in Finanznöten sei. Er äußert erhebliche Zweifel, dass aufgrund dieser Tatsache die Haushaltssatzung rechtmäßig sei. Seiner Meinung nach wird das tatsächliche wirtschaftliche Ergebnis der Bäder-GmbH verschleiert.

Herr Hoffmann verweist darauf, dass dieses Thema bereits in den Ausschüssen ausreichend besprochen worden ist.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, im Haushaltsjahr 2011 und den folgenden Jahren bei der mittelfristigen Finanzplanung Kürzungen in folgenden Positionen vorzunehmen:

525600 Schulschwimmen Grundschulen: von 97.000 € auf 60.000 €
525600 Schulschwimmen übrige Schulen: von 56.000 € auf 35.000 €

Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung werden die Ansätze für 2012 und folgende Jahre für die Haushaltsposition 1.06.04.03 Kinderspielhalle von 60.000 € auf 30.000 € gekürzt.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimme	(3 AL, 1fraktionslos)
40 Nein-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Rückstellungen für „Drohverluste“ Antrag der AL-Fraktion vom 05.03.2011

Herr Meskendahl führt aus, dass Rückstellungen in der Bilanz und nicht im Haushalt nachgewiesen werden. Erstmals ist im Haushaltsjahr 2007 eine Drohverlustrückstellung in einer Höhe von 770.000 € vorgenommen worden. Nach dem Abschluss von Derivatgeschäften in den Folgejahren hat der Rat der Stadt vor zwei Jahren beschlossen, keine weiteren dieser Geschäfte zu tätigen; lediglich Verfahrensweisen zur Optimierung bestehender Verträge und zur Risikominimierung waren danach zulässig. Zum 31.12.2010 ist ein Betrag von 3,7 Mio. € in die Bilanz aufgenommen worden. Herr Meskendahl erläutert, dass zu diesem Stichtag der Wert der Derivate festgestellt wurde. Dabei ist fiktiv davon ausgegangen worden, dass zu diesem Zeitpunkt alle Derivate abgelöst werden sollen. Derivate, die noch eine Laufzeit von einigen Jahren haben, sind in dieser Summe als Minusbetrag enthalten.

Der Bürgermeister verdeutlicht noch einmal, dass diese Summe nicht haushaltsrelevant ist; somit handelt es sich bei dem Antrag der AL-Fraktion nicht um einen Haushaltsbegleit Antrag. Eine Abstimmung findet daher nicht statt.

Die beiden weiteren Anträge der AL-Fraktion zu Telefonkosten und Kosten für Zeitschriften der Verwaltung wurden – wie bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses angekündigt - zurückgezogen. Die Verwaltung wird die Positionen überprüfen und im Hauptausschuss berichten.

13.2. Stellenplan 2011

BV/0198/2011

Der Bürgermeister teilt eine Ergänzung zum Stellenplan mit. Danach wird eine halbe Tarifstelle mit einer halben Beamtenstelle getauscht. Dies hat jedoch keine Auswirkungen auf die Gesamtanzahl der Stellen.

Herr Stark geht auf die Problematik des Ausfalls einer Jugendpflegerstelle im Familienzentrum Wupper ein. Nach seiner Auffassung besteht dort erheblicher Handlungsbedarf

Frau Butz erläutert, dass aufgrund des Ausfalls der Jugendpflegerin wegen Mutterschutz bzw. Elternzeit derzeit der Betrieb provisorisch durch Hilfskräfte aufrecht erhalten wird. Sie schlägt vor, die Problematik im nächsten Jugendhilfeausschuss zu behandeln.

Aufgrund der Nachfrage von Herrn Stark erklärt der Bürgermeister, dass die entsprechende Stelle weiterhin im Stellenplan enthalten ist.

Nach Einwüfen seitens Frau Ebbinghaus und Herrn Schäfer erläutert der Bürgermeister die Problematik im Bereich der Personalplanung, die sich aufgrund des Nothaushaltes ergeben. Er führt aus, dass es nur in unabdingbaren Fällen möglich ist, durch Ausfälle entstandene Lücken in der Personaldecke zu stopfen.

Herr Ebbinghaus ist der Auffassung, dass die Ausführungen des Bürgermeisters auf den konkreten Fall nicht zutreffen, da die betreffende Mitarbeiterin derzeit aufgrund ihres Elternurlaubs keine Kosten verursacht. Somit müsste es möglich sein, für die Dauer des Elternurlaubs eine Honorarkraft einzustellen.

Der Bürgermeister erläutert auf Nachfrage von Herrn Ullmann die Ausführungen des Stellenplans hinsichtlich von „Reduzierungen in übrigen Bereichen“. Es handelt sich hierbei um Ab-

bau von Stellen im Bereich der Tarifbeschäftigten überwiegend im Verwaltungsbereich, wie z.B. Wegfall von KW-Stellen nach Langzeiterkrankung, Wandlung von Vollzeit- in Teilzeitstellen, Reduzierung der Botentätigkeiten nach Renteneintritt..

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den vorliegenden Stellenplan 2011.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13.3. Haushaltssatzung 2011; Haushaltssicherungskonzept BV/0201/2011
2011 -2014**

Herr Meskendahl gibt erläuternde Informationen zu der Tischvorlage betreffend die Prioritätenliste. Er berichtet von positiven Gesprächen mit der Kommunalaufsicht hinsichtlich der Prioritätenliste und der daraus resultierenden Hoffnung, dass im laufenden Jahr erheblich früher mit positiven Signalen der Bezirksregierung zu Investitionsvorhaben zu rechnen ist als in den Vorjahren.

Frau Ebbinghaus bittet um Auskunft darüber, inwieweit der bisher nicht genehmigte Landshaushalt Auswirkungen auf Fördermittel für das Innenstadtkonzept hat. Der Bürgermeister erwidert, dass hierzu zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage getroffen werden kann.

Es folgen die Reden der Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2011.

Herr Viebach führt aus, dass der städtische Haushalt so prekär wie nie zuvor ist. Auch die gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen reichen nicht aus für eine deutliche Verbesserung der Situation. Er weist die Kritik des Bürgermeisters an der Haltung des Landrates zurück; auch der Landrat nutze alle Möglichkeiten, um die Kommunen nicht zu belasten.

Herr Viebach ist der Auffassung, dass das Finanzsystem überarbeitet werden müsste, auch über eine Klage gegen das Gemeindefinanzierungskonzept sollte nachgedacht werden. Herr Viebach äußert auch Vorwürfe an die rot-grüne Landesregierung.

Die CDU wird keine andere Wahl bleiben, als Steuererhöhungen in der Stadt Radevormwald zuzustimmen, um weiterhin dem Bürger auch Leistungen anbieten zu können.

Herr Viebach ist der Auffassung, dass die Verwaltung die Schulstandorte stärken muss, um dem demographischen Wandel entgegen zu wirken.

Außerdem bekennt sich die CDU zum Betriebshof; das Ende des Projektes „Shared Services“ erfordert dort Investitionen, es darf keine Diskussion über Standards aufkommen.

Herr Viebach geht auf die Belastungen der Mitarbeiter der Verwaltung ein, macht die Wichtigkeit von Spielplätzen im Hinblick auf junge Familien in der Stadt deutlich und unterstreicht die Bedeutung der Förderung des Ehrenamtes. Er verdeutlicht, dass der letzte Spielraum genutzt werden muss, damit die Stadt Radevormwald lebens- und liebenswert bleibt, und erklärt, dass er mehr Engagement für den Bürger von der Verwaltungsspitze erwartet.

Herr Stark geht ebenfalls auf die geringen Spielräume im Haushalt 2011 ein, die er nicht zuletzt in der systembedingt schlechten Finanzausstattung der Kommunen sieht. Er dankt dem Bürgermeister und dem Kämmerer für den Haushaltsentwurf, da durch diesen der Bestand gesichert werden kann. Er erklärt, dass die SPD-Fraktion die Initiativen bezüglich der Innenstadt unterstützen und dankt der Mitwirkung der Bürger. Die SPD-Fraktion unterstützt die investiven Maßnahmen im Bereich Schule und Bildung und äußert den Wunsch zu einem breiten Konsens der demokratischen Parteien in Radevormwald. Herr Stark erwartet einen

größeren Betrag für die Instandsetzung der Straßen sowie Bereitstellung von Mitteln für die DSL-Anbindung der Wupperorte sowie das Tourismuskonzept. Er führt aus, dass die Erhöhungen der Kommunalsteuern nicht leicht fallen, man aber leider nicht umhin kommt, diesen Schritt zu tun.

Herr Stark spricht ein Lob aus in Richtung der Landesregierung für die zusätzlichen Zuweisungen und wünscht abschließend dem Bürgermeister und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine glückliche Hand bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen.

Herr Schröder erklärt, dass der Haushalt geprägt ist von Zahlungen an übergeordnete Stellen, die letztendlich der Kommune nur einen begrenzten Spielraum ermöglichen. Beispielhaft führt er die Kosten für die deutsche Einheit in Höhe von 10,1 Mio. € an. Er geht auf den schlechten Zustand der Straßen in Radevormwald ein und zeigt sich erfreut, dass für deren Instandsetzung 200.000 € mehr als ursprünglich geplant veranschlagt worden sind. Außerdem fordert er vermehrte Aktivitäten zur Vermarktung von Gewerbeflächen und weitere Bemühungen, die Stadt Radevormwald attraktiv für junge Leute zu machen, beispielsweise auch durch Schaffung neuer Arbeitsplätze. Herr Schröder bedauert die Einstellung des Projekts „Shared Services“.

Letztendlich wird die FDP-Fraktion dem Haushalt mit „leichtem Zähneknirschen“ zustimmen.

Herr Haselhoff führt aus, dass die Zeiten für Wünsche der Vergangenheit angehören. Die Absegnung von Selbstverständlichkeiten und Sparen ist angesagt. Auch er kritisiert die hohen Zahlungen an Bund und Land. Er sieht in der Tatsache, dass freiwillige Leistungen beschnitten werden müssen, die Gefahr, dass dies an die Substanz von Vereinen und Institutionen geht. und warnt davor, dass Jugendliche ohne Fürsorge später höhere Kosten verursachen als ursprünglich bei ihnen eingespart wurde. Den notwendigen Ausgaben kann nach seiner Auffassung nur durch Steuererhöhungen entgegengewirkt werden.

Laut Herrn Ebbinghaus befindet sich der Haushalt in einer Schiefelage, jedoch sei das Signal falsch, dass Bemühungen zur Rettung vergeblich sind. Er erklärt, dass Budgets verteilt und nicht als Kostenstellen betrachtet werden sollen. Er wirft dem Bürgermeister vor, dass dessen Aussage, der Haushalt würde kein Einsparungspotenzial bieten, unrichtig sei. Die Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben sieht Herr Ebbinghaus als versteckte Subventionen für die Bäder-GmbH. Er wirft der Verwaltung vor, gegen den Grundsatz der Klarheit und Wahrheit verstoßen zu haben, als Beispiel dafür führt er die nach seiner Meinung überhöhten Preise für das Schulschwimmen an. Hinsichtlich der Entwicklung der Innenstadt attestiert er zwar die Einigkeit seiner Fraktion mit der Mehrheit des Rates, jedoch Uneinigkeit bezogen auf die Maßnahmen. Nach seiner Auffassung besteht Grund und Gelegenheit genug, um noch einmal über die Haushaltsplanung nachzudenken; Radevormwald habe kein Einnahme- sondern ein Ausgabeproblem. Dem Rat fehle es an Bereitschaft und politischem Willen, die finanziellen Probleme der Stadt aufzugreifen und zu bearbeiten. Abschließend erklärt Herr Ebbinghaus, dass die AL-Fraktion den Haushaltsentwurf aus inhaltlichen und rechtlichen Gründen nicht mittragen kann.

Herr Ronsdorf erklärt, dass nach seiner Auffassung ein bürgerfreundlicher Haushalt anders aussieht. Die Stadt befindet sich in einer finanziellen Schiefelage, die vielen und katastrophalen Fehlentscheidungen zu verdanken sei. Die „Altparteien“ hätten die Stadt an die Wand gefahren; allein die geplante Erhöhung der Grundsteuer komme einer schleichenden Enteignung gleich, wodurch sich ein Trend zum Sozialismus abzeichne. In der Stadt Radevormwald sieht er keine Alternativen für Jugendliche. Drastische Kürzungen bei deutschen Mitbürgern stehen steigende Ausgaben für SGB II-Empfänger gegenüber, wobei hier besonders stark angestiegene Leistungen für Asylbewerber ins Auge springen. Die proNRW-Fraktion kann daher keine Zustimmung zum Haushaltsentwurf erteilen.

Herr Ullmann bestätigt die Kritik einiger seiner Vorredner bezüglich der Höhe der Kreisumlage. Er spricht dem Haushalt die Transparenz ab und führt die Finanzierung des life-ness als

Beispiel an. Nach seiner Auffassung ist eine Genesung des städtischen Haushaltes nicht durch weitere Sparmaßnahmen erreichbar, denn diese verringern die Attraktivität der Stadt und damit auch weitere, dringend notwendige, Einnahmen. Herr Ullmann lobt den vorgelegten Stellenplan. Nicht leisten könne man sich eine weitere Einschränkung von Leistungen, wenn die Stadt eine Zukunft haben soll.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Haushaltssatzung 2011 und das Haushaltssicherungskonzept 2011 -2014 auf der Basis des Haushaltsentwurfs 2011 -2014 vom 07.12.2010 mit den Änderungen des Ergebnis- und Finanzplans (Stand: 01.03.2011) und die Prioritätenliste 2011 (Stand:01.03.2011).

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (13 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 1 Bürgermeister)
6 Nein-Stimmen (3 AL, 2 proNRW, fraktionslos)
2 Enthaltungen (CDU)

Die Sitzung wird in der Zeit von 18.45 Uhr – 18.55 Uhr unterbrochen.

14. Genehmigung von Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gemäß § 22 GemHVO **BV/0200/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt Ermächtigungsübertragungen für Investitions-Auszahlungen gemäß § 22 GemHVO in Höhe von 1.483.038,65 € sowie für die energetischen Verbesserungen der Realschule bzw. des Konjunkturpakets II in Höhe von 516.823,19 €.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 2 AL, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
2 Enthaltungen (1 AL, 1 fraktionslos)

**15. Lärmaktionsplan für die B 229 - TAB Kölner Straße -
Bahnhofstraße**

- 15.1. Bericht über die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 47 d Abs. 3 BImSchG sowie die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme der Stadt Remscheid, eingegangen am 12.01.2011** **BV/0158/2011**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Anregungen der Stadt Remscheid nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 15.2. Abwägung und Beschluss über die während der Behördenbeteiligung erfolgte Stellungnahme von Straßen.NRW, eingegangen am 20.01.2011** **BV/0159/2011**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Anregungen und Bedenken von Straßen.NRW zu folgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 15.3. Beschlussfassung des Lärmaktionsplanes** **BV/0145/2011**
-

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den Lärmaktionsplan.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

16. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 2 - Sieplenbusch, Museum für Asiatische Kunst

16.1. Bericht über die - eingeschränkte und verkürzte - erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfes sowie die erneute Einholung der Stellungnahmen der - betroffenen - Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) BauGB; Abwägung und Beschluss über die während der erneuten Offenlage am 14.01.2011 eingegangene Stellungnahme, gekennzeichnet als S 1 **BV/0167/2011**

Herr Enneper ist der Auffassung, dass das Vorhaben nunmehr fristgemäß abgeschlossen werden muss.

Herr Müller teilt diese Auffassung und erwartet, dass nun keine weiteren Verzögerungen eintreten dürfen.

Herr Schröder schließt sich an; er fordert den Rückbau, sofern der Termin nicht eingehalten wird.

Frau Gottlieb erläutert das Verfahren und stellt klar, dass die Frist bis zur Inbetriebnahme des Museums am 30.06.2013 abläuft.

Herr Ebbinghaus erklärt, dass nach seiner Auffassung die Streuobstwiese den attraktivsten Teil der Maßnahme darstellt; diese hebt jedoch die rechtlichen Bedenken seiner Fraktion nicht auf. Herr Ebbinghaus führt aus, dass in dieser ländlichen Umgebung ein solches Museum nicht errichtet werden sollte.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den in der als S 1 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregungen und Bedenken nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis:

36 Ja-Stimmen	(12 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 4 UWG, 2 proNRW, 1 fraktionslos, 1 Bürgermeister)
2 Nein-Stimmen	(AL)
6 Enthaltungen	(3 CDU, 2 UWG, 1 AL)

16.2. Satzungsbeschluss

BV/0173/2011

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt gem. § 10 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 2 – Sieplenbusch, Museum für Asiatische Kunst - als Satzung und stimmt der Begründung gem. § 9 Abs. 8 BauGB zu.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja-Stimmen	(15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
8 Nein-Stimmen	(6 UWG, 2 AL)
2 Enthaltungen	(1 AL, 1 fraktionslos)

17. Besetzung von Ausschüssen**AN/0025/2011**

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der SPD-Fraktion Herrn Michael Dummer als sachkundiger Bürger des Bauausschusses für Herrn Jan Klee.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der FDP-Fraktion Herrn Jörg Schürmann für Herrn Luciano Porcu als beratendes Mitglied in den Integrationsrat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt auf Antrag der proNRW-Fraktion Herrn Daniel Konrad für Herrn Udo Schäfer als Mitglied des Wahlausschusses. Seine Vertreterin wird Frau Lara Djokic. Für den Jugendhilfeausschuss wird Herrn Daniel Kuckelsberg als Vertreter benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Rat der Stadt benennt Herrn Jochen Knorz als Nachfolger für Herrn Dietmar Reuß in das Kuratorium der Johanniter-Einrichtungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:**18. Über- und außerplanmäßige Ausgaben****IV/0122/2011**

Herr Haselhoff bittet die Verwaltung, zukünftig eine Summierung der einzelnen Positionen vorzunehmen.

19. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs.2 GO NRW BV/0206/2011

Der Bürgermeister erläutert, dass aufgrund der frühzeitigen Fertigstellung der Baumaßnahmen entsprechende Zahlungen zu leisten waren; dieses wurde gewährleistet durch die überplanmäßige Ausgabe.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung über die überplanmäßige Investitions-Auszahlung für die Erstellung der Schmutzwasserdruckleitung Feldmannshaus für das Haushaltsjahr 2010.

Abstimmungsergebnis: 43 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 6 FDP, 6 UWG, 3 AL, 2 proNRW, 1 Bürgermeister)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

20. Mitteilungen und Fragen

- a) Auf die Frage von Herrn Schäfer zum Sachstand der Bemühungen um die DSL-Versorgung der Wupperorte berichtet Herr Meskendahl, dass die Ausschreibung in der kommenden Woche veröffentlicht werden soll. Die Ausschreibungsfrist beträgt zwei Monate, und Herr Meskendahl hegt die Hoffnung, dass ein entsprechender Beschlussvorschlag zur Vergabe in der Sitzung des Rates am 30. Juni 2011 vorgelegt werden kann.
- b) Frau Gottlieb bestätigt auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus, dass die Schäden am Zaun des Uelfebades sowie der dort aufgestellten Bänke bekannt sind.

Ende öffentlicher Teil: 19.05 Uhr